

Anhörung

zum Bremischen Wohn- und Betreuungsgesetz (BremWoBeG)

im Festsaal, Haus der Bürgerschaft, 16.04.2010, ab 12.00 Uhr

Ergebnis-Protokoll der Stellungnahmen

Der Einführungsvortrag von Herrn Stöver, SfAFGJS, liegt schriftlich vor, ebenso eine Reihe schriftlicher Stellungnahmen, die in der Anhörung ausgeführt wurden.

1. Seniorenvertretung, Herr Feller

begrüßt den Entwurf, auch hinsichtlich der verschiedenen Wohnformen und Einbeziehung des Service-Wohnens.

Forderung:

- Ausweitung der Transparenz und Informationspflichten der Träger, Beispiel NRW-Regelung: Träger muss einmal jährlich über finanzielle Situation der Einrichtung informieren, Absicherung der Bewohnergelder z.B. bei Insolvenz

2. Freie Wohlfahrtspflege, Herr Pastor Schmidt

begrüßt Vielfalt der Wohnformen, lehnt Überregulierung ab, nicht die Branche insg. nach den wenigen „schwarzen Schafen“ beurteilen und regulieren. Bewohner/innen sind Kunden. Persönlichkeitsrechte nicht einschränken. Verweis auf schriftliche Stellungnahme.

Forderungen:

- Grundsätzliche Beteiligung der Kostenträger zur Sicherung der finanziellen Mehrkosten der gesetzl. Anforderungen
- - § 13 Änderung: keine „Vernetzung in den Stadtteilen“ besser: „Förderung der Freiwilligenarbeit“
- Zur Umsetzung dieser Anforderungen müsste die Stelle eines qualifizierten MA finanziert werden
- - § 9 Abs. 8 Zeitfahrplan zu gemeinsamen Kriterien für Transparenzbericht zu eng
- Wirtschaftliche Entscheidungen des Trägers sind gegenüber Bewohnern nicht zu rechtfertigen bzw. transparent zu machen
- - § 19 Nachweispflichten erhöhen die Kostenseite: keine erneute Prüfung der Angemessenheit.
- - § 22 Wohngemeinschaften der Eingliederungshilfe werden von anderen Stellen überwacht, sie sollten vom Anwendungsbereich ausgenommen werden.
- Insgesamt: Zeitplan zu eng.

3. bpa, Frau Bitter- Wirtz

verweist auf schriftliche Stellungnahme.

Forderungen in drei Bereichen:

Anwendungsbereich:

- keine Anwendung auf den ambulanten Bereich (Entmündigung des Nutzers)
- keine Anzeigepflicht, wenn nur ein Bewohner Pflegeleistungen bezieht
- Anwendung des neuen Gesetzes nur für trägergesteuerte Wohnformen und Heime (Wohnen und Pflegeleistungen aus einer Hand)

Öffnung ins Gemeinwesen:

- § 13 Formulierung: „Der Leistungsanbieter hat Teilhabe ... und Öffnung sicherzustellen..“
- besser: mehr Freiwilligkeit, Schaffung positiver Anreize (Hinweis: Entwurf Sachsen-Anhalt)
- Verzicht auf unbegrenzte Aktivitäten sondern individuelle Planung, Frage nach Sinnhaftigkeit zahlreicher Angebote (z. B. bei Demenzerkrankten)
- Forderung von zusätzlichem Personal für gestiegene Anforderungen
- Beteiligung der Träger und Kostenträger an Rechtsverordnung nach § 13 III (Teilhabe und bürgersch. Engagement)

Transparenz:

- Ausreichende Transparenz wird bereits durch die Einführung von Pflegenoten erreicht.
- Beschränkung der Heimmitwirkung: Träger muss den Bewohnern nicht alles offen legen.
- Verzicht auf Präsenzpflcht der Heimleitung.

4. Verbraucherzentrale Bremen, Frau Czarnecki

gut: Verbraucherschutz steht im Mittelpunkt, Gesetz ist nicht reduziert auf „schwarze Schafe“, Veröffentlichung der Prüfberichte.

Forderungen:

- Beteiligung der Verbraucherzentrale bei den Verordnungen
- § 26 III „...Behörde soll den Bewohner unterstützen..“, besser „... muss...“
- Anwendungsbereich: Selbstbestimmungsrecht der Bewohner soll berücksichtigt werden. Wohngemeinschaften für Menschen mit Behinderungen nicht einbeziehen.
- Heimmitwirkung: Ombudsperson bestellen

5. CDU, Herr Bartels

Bittet darum, schriftliche Stellungnahmen zu bekommen, bezieht sich auf die Vorredner und weist auf Klärung zusätzlicher Personalbedarfe der HA hin.

Wunsch: Verbraucherschutz und Kontrolle sollten ausgeglichen sein, möglichst entbürokratisieren. Keine Anzeigepflicht für neue Wohnformen.

6. FDP, Herr Dr. Möllenstedt

Findet die Stärkung der Bewohnervertreter gut. Formulierte keine speziellen Änderungswünsche: genügend Zeit zur Diskussion, Definition von grundsätzlichen Anforderungen, Grundlagen der Arbeit der HA, Kontrollen, Eingriffsmöglichkeiten, Ausstattung HA, Verpflichtung der Träger, keine unnötige Bürokratie, unverhältnismäßige Anforderungen an selbstorganisierte Wohnformen müssen diskutiert werden, keine Beschränkungen innovativer Projekte, Selbstbestimmungsrecht der Bewohner wahren, schlanke klare Regeln, Qualität durch Transparenz, Einbeziehung des Pflege-TÜV.

7. Bündnis 90 / Die Grünen, Herr Frehe

Hebt gute Regelungen des Entwurfs in zahlreichen Punkten hervor, z.B. Ausformulierung der Rechte der Bewohner/innen, Anwendungsbereich und strukturelle Unterscheidung in drei Stufen.

- Nicht Informationspflichten, sondern Abhängigkeiten beschränken das Selbstbestimmungsrecht.
- Unterstützt den Vorschlag von Herrn Feller, dass Träger den Bewohnern regelmäßig Informationen über seine Einkommens- und Vermögenssituation geben.
- Schlägt Prüfung vor, ob Zeitplan eingehalten werden kann.

8. SPD, Frau Hiller

Bewertet die Regelungen des Entwurfes positiv, z.B. Verbraucherschutz im Vordergrund, Wahrung der Selbstbestimmung, Differenzierung der Regelungen, Stadtteilöffnung, und dringt auf zügige Umsetzung.

- Pause -

9. Bewohner/innen-Vertretung Friedehorst, Herr Sack

Vortrag liegt schriftlich vor.

Forderungen:

- Mitwirkung der Bewohnervertretung bei Entgeltverhandlungen und Prüfungen ist nicht erkennbar. Erhöhungsverlangen kann so nicht wirklich überprüft werden.
- Anhaltzahlen zur Schichtbesetzung
- Forderung der regelmäßigen Schulung des Personals zum Umgangston gegenüber den Bewohnern und zum Thema Gewalt in der Pflege
- § 1 II Nr. 5 Änderung des Begriffes „Verbraucher“
- erklärende Broschüre zum Gesetz ist nötig

10. Herr Dr. Steinbrück, Landesbehindertenbeauftragter

Fühlt sich selbst ausreichend beteiligt, aber die LAGS wurde zu spät eingeladen (*(später aufgeklärt, die Verfasser)*). Begrüßt mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit und sieht keine Einschränkung der unternehmerischen Freiheit durch Anforderungen des neuen Gesetzes. Gut: Anforderung an Träger zur Entwicklung von Konzepten zur Öffnung ins Gemeinwesen und zur Ermöglichung der Teilhabe. Wünscht sich eine Vielfalt der Angebote unter Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes der Nutzer.

Forderungen:

- Unterstützung der Forderungen von Seniorenvertretung und Bewohnervertreter
- Übersetzung des Entwurfes in leichte Sprache, Broschüre zum Gesetz
- Verstärkte Beteiligung der Behindertenverbände zur Frage, ob das Selbstbestimmungsrecht der Bewohner gewahrt wird. Bisher wurden sie nicht ausreichend beteiligt, aus diesem Grund keine Umsetzung des Gesetzes zum 1.7.2010.

11. Herr Dr. Fuchs, Sachverständiger, Sozialexperte, Düsseldorf

Lobt die §§ 1-7, weil sie zweifelsfrei formuliert sind, schlüssigste Regelung aller Ländergesetze.

Nimmt Stellung zur Forderung der Offenlegung der wirtschaftl. Situation des Trägers:

Heimrecht ist Ordnungsrecht, kein Leistungsrecht (kann Defizite aus dem Leistungsrecht nicht kompensieren). Aus diesem Grund erteilt er der Forderung nach Offenlegung der Bilanz durch den Träger eine Absage.

Empfiehl daher, das Vergütungsrecht auf den Prüfstand zu stellen.

Grundlage für das Ordnungsrecht ist das verfassungsrechtliche Benachteiligungsverbot der Behinderten (GG), das Diskriminierungsverbot der UN-Behinderten-Konvention, Rechtsansprüche aus dem SGB IX, XI und XII und das Recht des Einzelnen auf Selbstbestimmung und Teilhabe in der Gesellschaft. Diese Ansprüche sind vom Ordnungsrecht aufzugreifen und im Gesetz zu berücksichtigen.

- Empfiehlt, diese Anknüpfungspunkte aus dem Verfassungsrecht in die Begründung mit aufzunehmen.
- Das Ordnungsrecht muss die Einhaltung der Selbstbestimmungsrechte der Betroffenen fördern und unterstützen.
- §1 II Nr. 4 „Ermöglichung“ raus, besser: „...zu fördern und zu unterstützen..“
- Was ist Selbstbestimmung in Pflegeeinrichtungen? Frage ist zu regeln: Arbeitsanweisung zum Prüfgegenstand §§ 11- 13, Beschreibung der Anforderungen an ein Prüfverfahren, Arbeitsauftrag für die AG nach § 20 altem Recht.
Der Wert „Selbstbestimmung“ ist mit der Beschreibung von Zielen zu operationalisieren.
- § 1 II Nr. 6. neu aufnehmen: „... Recht auf Selbstbestimmung und Teilhabe ist sicherzustellen..“
- Bei den Hinweisen auf SGB XI und XII auch Hinweis auf SGB IX aufnehmen.
- § 2 Abs. 4: Anregung, einen Diskussionsprozess zu Aufsichtsmaßnahmen im Bereiche des SGB VIII anzustoßen.
- § 8 Abs. 1, einfügen die Verpflichtung zur Förderung der Selbstbestimmung und die Sicherstellung der gleichberechtigten Teilhabe am Leben in der Gesellschaft
- § 9 Mitteilungspflichten dienen auch der Investitionssicherheit, geben Leitlinien, verhindern keine Angebote sondern fördern sie.
- § 9 VII Die Berichtspflicht der Heimaufsichtsbehörde ist einmalig in den Ländergesetzen.
- § 10 I Erweiterung: Einen Passus „Förderung der Selbstbestimmungsrechte der Bewohner/innen“ in den Satz einfügen.
- § 11 II Zielvereinbarung: Vorschlag: die letzten beiden Sätze des § 11 Abs. 3 in einen eigenen Absatz 4 einfügen. Diesen Absatz 4 dann in seiner Wirkungsweise mit den Absätzen 2 und 3 in Verbindung bringen.
- § 12 Einen Bezug zu § 7 herstellen
Abs. 1, hinter Ziffer 3 einfügen sinngemäß: „Konzepterstellung zur Förderung der Selbstbestimmung und Teilhabe in der Gesellschaft“.
- Berücksichtigung der in § 13 geforderten Teilhabe in den §§, die die Anforderungen beschreiben:
- Z.B. § 12 II Nr. 2 „.... und die kontinuierliche Weiterentwicklung.....sowie die Selbstbestimmung und Teilhabe.. gewährleistet ist.“
- § 12 II Nr. 4: neu formulieren sinngemäß: Im Rahmen ihrer Einwirkungsmöglichkeiten haben die Leistungsanbieter die ausreichende ärztliche, zahnärztliche etc. Betreuung sicher zu stellen
- §12 I Nr. 6 neu formulieren: „... die aufgrund von Gesetzen und Rechtsverordnungen an ihn gestellt werden.“

- § 12 II Nr. 5 gilt nicht nur für Behinderte sondern sollte auch die Pflegebedürftigen einschließen Zusatz: „im Rahmen seiner Eingriffsmöglichkeit“
- § 12 II Nr. 7 und 8: statt „ausreichend“ besser: „...die nach geltendem Recht gefordert werden.“
- Einfügen § 12 Nr. 13: genauere Beschreibung der Dokumentations- und Berichtspflicht (Anzeigespflicht z. B. für FEM: Art, Zeitpunkt, Dauer).
- § 12 III Fachkraftquote sollte bestimmt sein: Aufnahme von 50%.
- § 17 Erweiterung um Abs. IV: Regelungen zur Annahme von gemeinnützigen Zuwendungen, z. B. für Hospize.

Es muss eine Möglichkeit bestehen Geld- und Sachspenden dann anzunehmen, wenn die Einrichtung mit diesen Mitteln allgemein gefördert wird.(§ 20)

- § 18: Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten:
hier: Freiheitseinschränkende Maßnahmen: aufzunehmen ist die Dokumentations- und Berichtspflicht zu Art, Zeit, Dauer und Grund der betreuungsrechtlichen Genehmigung von freiheitseinschränkenden Maßnahmen.
- § 23 II Gegenstand und Umfang der Prüfung richten sich nach den Anforderungen des Gesetzes, insbesondere §§ 11- 13, im Übrigen nach den gewonnenen Erkenntnissen.
Besser: Einschränkung auf originäre Zuständigkeiten.
Gegenstand und Umfang der Prüfung konkretisieren: Gegenstand ist insbesondere die Einhaltung der Rechtsgüter „Selbstbestimmung“ und „Teilhabe in der Gesellschaft“. Die Inhalte dieser Rechtsgüter sind zu operationalisieren.
- Hinweis: § 12 „ Anzeige wesentlicher Änderungen des Konzeptes“ sollten explizit in die Pflichten des Trägers aufgenommen werden
- § 30 III Behörde verpflichtet sich zur Übermittlung von Daten an MDK - warum keine Verpflichtung des MDK zum Datenaustausch? (Art. 31 GG Verfahren wird durch Länder geregelt!)
- § 30 V: Zusatz „...externe Sachverständige können beteiligt werden“.
- Einführung verbindlicher Prüfkriterien für Heimaufsicht. Das Land hat Weisungsrecht.
Hinweis auf Prüfkatalog NRW.

Weitere Wortmeldungen:

12. Frau Paul-Bauer, Patientenberaterin im Gesundheitsladen Bremen

- § 9 V: Info gut,
- § 10 III Vertretungsgremium: Forderung von unabhängigem Patientenbeauftragten für Krankenhäuser und Heime und damit Stärkung der Rechte
- § 26 Beratung hinsichtlich der finanziellen Änderungen sollte aufgenommen werden.

- § 12 II Nr.11 Die Arzneimittelgabe ist häufig nicht i. O., hier sollten Vorschriften gemacht werden. Insbesondere Prüfung, ob Medikamente entsprechend der Verordnung verabreicht werden.

13. Herr Dr. Michel, Vertreter des DIS

(Dt. Institut für Service-Immobilien), hat bei der Entwicklung von DIN 77800 mitgewirkt. Schriftliche Stellungnahme wurde zugeleitet. Differenzierung gut.

Forderung:

- Regelung im § 5 für Service-Wohnen nicht anwenden: DIN-Norm für Anbieter von Service-Wohnen sichert Qualität. Mieter wollen nicht unter den Schutz eines Gesetzes.

14. Herr Dr. Fuchs, Sachverständiger, Sozialexperte, Düsseldorf

Den Mietern wird durch die Regelungen des Gesetzes nichts genommen, sondern sie werden geschützt. Dies als Überregulierung oder Einschränkung der Selbstbestimmung zu bezeichnen, ist Verunsicherung.

15. Herr Leopold, Angehöriger, Ehrenamtlicher in der Heimmitwirkung, BIVA

Stellt Frage nach Ausstattung und Finanzierbarkeit der HA aufgrund Aufgabenzuwachs.

- Vorschlag: HA macht nur Kontrolle und keine Beratung mehr. Beratung durch externe Stellen.

16. Herr Frehe, Bündnis 90 / Die Grünen

- Die Grünen bestehen auf der Beibehaltung des Anwendungsbereichs inkl. Service-Wohnen und neuen Wohnformen.
- Recht auf Selbstbestimmung berücksichtigen, wie von Dr. Fuchs gefordert.
- Schlägt vor, bei freiheitsentziehenden Maßnahmen eine Berichtspflicht des Trägers einzuführen.

Für das Protokoll:

Düring, Düring, Bleckwedel-Marks, Stöver, Krancke (Heimaufsicht, SfAFGJS)